

Medienmitteilung Nr. 2016 / 04

Thema	Abstimmungsempfehlung der Grünliberalen für den 28. Februar 2016
Datum	10. Februar 2016
Für Rückfragen	Pietro Imhof Mobile +41 79 684 10 06
Absender	Grünliberale Partei Kanton Schwyz eMail pietro.imhof@grunliberale.ch Mobile +41 79 684 10 06, www.sz.grunliberale.ch

Abstimmungsempfehlung der Grünliberalen Kanton Schwyz für den 28. Februar 2016

Die Grünliberalen Kanton Schwyz empfehlen, den Beitritt zur Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil anzunehmen. Die drei eidgenössischen Volksinitiativen und die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen empfehlen sie allesamt zur Ablehnung.

JA zur kantonalen Vorlage - Beitritt zur Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil

Die Grünliberalen Kanton Schwyz vertreten die Meinung, dass die Bildung in der Schweiz und im Kanton Schwyz die wichtigste Ressource ist. Diese Tatsache nehmen wir ernst! Bei der Hochschulbildung und der Forschung soll die interkantonale Vernetzung im Vordergrund stehen. Daraus leiten die Grünliberalen ab, dass auch der Kanton Schwyz eine grosse Verantwortung gegenüber der Generation, die sich jetzt in der Ausbildungsphase befindet wie auch den zukünftigen Generationen gegenüber hat. Diese Verantwortung wahrnehmen heisst für den Kanton Schwyz seinen Beitrag an der Trägerschaft für die Hochschule Rapperswil zu leisten. Auch wenn die Kosten von CHF 1,7 Mio. in der aktuell schlechten Verfassung der kantonalen Finanzen schmerzt. Ein Engagement des Kantons Schwyz bei der Hochschule Rapperswil gewährleistet, dass wir bei der zukünftigen Entwicklung der Hochschule Rapperswil mitwirken und mitentscheiden können. Es ist eine Investition in die Zukunft.

NEIN zur Eidgenössischen Volksinitiative "Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe"

Die Grünliberalen Kanton Schwyz lehnen diese Volksinitiative ab, da eine derart enge Definition der Ehe nicht in der in der Bundesverfassung festgeschrieben werden darf. Die Gleichbehandlung bei den Steuern und den Sozialversicherungen muss auf andere Weise realisiert werden. Die Grünliberalen sehen in einem zivilstandsneutralen Steuersystem einen geeigneten Lösungsansatz.

NEIN zur Eidgenössischen Volksinitiative "Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer"

Die Grünliberalen Kanton Schwyz lehnen die Durchsetzungsinitiative klar ab. Das vom Parlament beschlossene, griffige Gesetz zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative ist noch nicht einmal in Kraft getreten, deshalb ist die Durchsetzungsinitiative eine reine Zwängerei. Sie ist aber auch inhaltlich völlig unverhältnismässig, weil sie für einen willkürlichen Katalog von Delikten zwingend eine Ausschaffung vorsieht und zu völlig ungerechten Resultaten führt.

NEIN zur Eidgenössischen Volksinitiative "Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln"

Die Grünliberalen Kanton Schwyz unterstützen Positionslimiten gegen schädliche Spekulation mit Nahrungsmitteln, aber sie lehnen die übertriebene Initiative der Jungsozialisten entschieden ab. Diese wollen ihre Initiative nicht zurückziehen, obwohl mit den Positionslimiten im Finanzmarktinfrastrukturgesetz die Massnahme beschlossen wurde, welche gemäss FAO das beste Mittel zur Bekämpfung von Nahrungsmittelspekulationen ist.

NEIN zur "Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet"

Die Grünliberalen Kanton Schwyz lehnen den Bau einer zweiten Tunnelröhre ab. Statt dem Bau eines neuen Strassentunnels, sollen die Geldmittel in die dringend notwendige Beseitigung von Engpässen in der Agglomeration eingesetzt werden. Zudem soll die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene konsequent vorangetrieben werden.

Grünliberale Kanton Schwyz